

Gegen Terror und Migration 06.11.2015



BERLIN/TRIPOLIS (Eigener Bericht) - Ein deutscher Diplomat wird Sondergesandter der UNO für Libyen. Gleichzeitig stellt die NATO die Entsendung von Militärberatern nach Tripolis in Aussicht. Hintergrund sind die Bemühungen um die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit in dem kriegszerstörten Land, dessen staatliche Strukturen nach dem NATO-Bombenkrieg von 2011 komplett zerfallen sind. Westliche Interessen werden davon

tangiert, weil sich zum einen auf libyschem Territorium jihadistische Terrorstrukturen etabliert haben, die jetzt auch westliche Ziele bedrohen. Zum anderen findet sich in Libyen heute kein Verbündeter mehr für die von Berlin und Brüssel verlangte Abwehr unerwünschter Migration. Selbst die Pläne, Bootsflüchtlinge im Rahmen der EU-Militäroperationen im Mittelmeer bereits auf libyschem Territorium zu stoppen, sind deshalb in Gefahr. Dies sei der Grund dafür gewesen, dass sich EU-Staaten zuletzt um ein Friedensabkommen im libyschen Bürgerkrieg bemüht hätten, heißt es in einer Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Im Anschluss an umfangreiche Vermittlungsbemühungen Berlins wird nun mit Martin Kobler ein deutscher Spitzendiplomat die Führung der UN-Mission in Libyen übernehmen. Auch die NATO streckt erneut ihre Fühler aus.

Komplett kollabiert

Die Zerstörung des libyschen Staates, die die NATO im Jahr 2011 mit ihrem Bombenkrieg gegen die damalige Regierung Gaddafi verursacht hat, hat die Bevölkerung des Landes in katastrophale Verhältnisse gestürzt. Die ökonomische Grundlage ist eingebrochen: Die Erdölindustrie - der wichtigste Produktionszweig des Landes - ist weitgehend zum Stillstand gekommen, das Bruttoinlandsprodukt hat sich von 82 Milliarden US-Dollar 2012 auf 41,2 Milliarden US-Dollar 2014 halbiert. Die staatlichen Strukturen sind komplett kollabiert; neben einem nicht demokratisch legitimierten Nationalkongress, der in Tripolis residiert, beansprucht ein in Tobruk ansässiges Abgeordnetenhauses, dessen umstrittene demokratische Legitimation inzwischen abgelaufen ist, die Macht im Land. Tatsächlich jedoch herrschen Milizen. Jihadisten nutzen das Machtvakuum und haben sich schon vor geraumer Zeit im Land festgesetzt. Zu ihnen zählt der "Islamische Staat" (IS), der sich in den Küstenstädten Darna und Sirte verankert hat und inzwischen das im Inland gelegene Bani Walid bedroht.[1] Die Lebenssituation der Menschen in Libyen ist desaströs.

Deutsche Interessen

Die Berliner Libyen-Politik wird allerdings von anderen Faktoren getrieben. Dabei steht nicht die Erdölförderung an erster Stelle, wenngleich Libyen lange Zeit der größte deutsche Erdöllieferant außerhalb Europas war und die BASF-Tochterfirma Wintershall eine führende Stellung in der Ölförderung des Landes einnahm; beides ist inzwischen Vergangenheit. Große Sorgen ruft in Berlin zur Zeit vor allem hervor, dass die libyschen Jihadisten ihre Aktivitäten nicht auf Libyen beschränken; mit ihnen werden Terroranschläge etwa auch in Tunesien in Verbindung gebracht, darunter derjenige von Sousse, dem am 26. Juni 2015 38 Menschen zum Opfer fielen. Schwer wiegt auch, dass Milizen aus dem Norden Malis, die die malische Armee und die UN-Blauhelmtruppe MINUSMA bekämpfen, im zerfallenen Libyen sichere Zufluchtsorte finden. Von dort aus könnten sie auch Angriffe auf die Bundeswehr starten, sollte diese tatsächlich ab Januar 2016 ein umfangreiches Kontingent im nordmalischen Gao stationieren.[2] Hinzu kommt, dass es wegen der Zerstörung des libyschen Staates keine Instanz mehr gibt, die bereit oder auch nur in der Lage wäre, Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa zu stoppen. Darüber hinaus ist die dritte Phase des EU-Militäreinsatzes gegen Flüchtlingsboote im Mittelmeer, die auch Operationen auf libyschem Hoheitsgebiet vorsieht [3], gegen den Willen der dort dominierenden Milizen praktisch nicht durchführbar. Die diplomatischen Bemühungen um ein Friedensabkommen in Libyen seien "vor allem darin begründet" gewesen, dass "europäische Entscheidungsträger" bei der "Terrorismusbekämpfung und der Eindämmung irregulärer Migration ... händeringend nach Ansätzen und libyschen Partnern" gesucht hätten, heißt es in einer Analyse der Berliner Stiftung

Wissenschaft und Politik (SWP).[4]

Schlechte Aussichten

Über die Erfolgchancen der diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Bürgerkriegs in Libyen, die vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen vorangetrieben wurden, hat sich die SWP bereits im Juli überaus skeptisch geäußert. "Die Vermittler der VN haben auf die Zersplitterung der politischen Landschaft mit einem mehrleisigen Dialogprozess reagiert", berichtet der Think-Tank. So habe es "Verhandlungen zwischen Vertretern des Abgeordnetenhauses und des Nationalkongresses, Boykotteuren beider Institutionen sowie unabhängigen Akteuren" gegeben. Parallel dazu hätten die Vereinten Nationen "Delegierte lokaler Räte einberufen und gesondert davon Repräsentanten von Parteien und der Zivilgesellschaft" kontaktiert. Versuche, "Treffen von Stammesführern zu organisieren", seien "erfolglos" geblieben. Leider hätten "einige der Parlamentarier", die "am eifrigsten" für eine Einigung eingetreten seien, "ihre Basis verprellt", da sie "anscheinend ... vor allem ihre persönlichen Ambitionen verfolgt" hätten. Andere Verhandlungspartner seien "von den VN willkürlich ausgewählt" worden und verfügten "über keine nennenswerte Machtbasis". Letztlich habe "der von den VN geleitete Vermittlungsprozess ... die Zersplitterung der Allianzen" noch gefördert: "Er hat die politischen Akteure gezwungen, Position zu beziehen, und Vertreter von lokalen Räten oder bewaffneten Gruppen ermutigt, für sich selbst zu sprechen, anstatt sich von den jeweiligen Parlamenten repräsentieren zu lassen." [5] Deutlicher lässt sich die desolate Verhandlungssituation kaum beschreiben.

Verhandlungen in Berlin

In die Verhandlungen, die seit September 2014 unter Leitung des UN-Sondergesandten Bernardino León geführt wurden, hat sich Berlin zuletzt immer stärker eingeschaltet; dies entspricht den zunehmenden deutschen Aktivitäten in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten. So hat die Bundesregierung am 10. Juni eine Konferenz in der deutschen Hauptstadt organisiert, auf der, wie das Auswärtige Amt festhält, "die libyschen Delegierten erstmals mit Vertretern aller Ständigen SR-Mitglieder (SR: UN-Sicherheitsrat, d. Red.) sowie mit weiteren maßgeblichen westlichen und regionalen Staaten zusammentrafen". [6] Auf die Bedeutung des Treffens hat das Auswärtige Amt nach der Unterzeichnung des libyschen Friedensabkommens am 12. Juli 2015 ebenso demonstrativ hingewiesen wie nach der Einigung auf die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit, die am 15. September 2015 im marokkanischen Skhirat verkündet wurde. Entsprechend verärgert reagierte Berlin, als das Abgeordnetenhaus in Tobruk das Abkommen am 20. Oktober zurückwies. Libyens Politiker müssten sich umgehend entscheiden, ob sie "eine Chance auf Frieden und Aussöhnung und breite Unterstützung dafür von uns" oder stattdessen "die reale Gefahr einer Rückkehr von Gewalt, Chaos und Anarchie" wünschten, erklärte Außenminister Frank-Walter Steinmeier noch am selben Tag. [7]

Diplomat mit Krisenerfahrung

Am Mittwoch ist nun mit Martin Kobler ein Deutscher zum neuen UN-Sondergesandten für Libyen ernannt worden. Kobler hat umfangreiche Erfahrungen: Er ist zuvor bereits stellvertretender Leiter der UN-Mission in Afghanistan sowie Chef der UN-Missionen im Irak (2011 bis 2013) und im Ostkongo (2013 bis 2015) gewesen. Kobler sei einer "der fähigsten und erfahrensten deutschen Diplomaten", erklärt das Auswärtige Amt, das seine Ernennung mit den Worten kommentiert: "Gerade jetzt, wo uns jeden Tag tausende Flüchtlinge aus der von Konflikten geschüttelten Region erreichen und sich inmitten von Gewalt und Anarchie Terrorgruppen wie ISIS einnisten, brauchen wir ein stabiles Libyen als Partner." [8]

NATO-Berater

Während Kobler sein Amt antritt, stellt die NATO die Entsendung von "Beratern" nach Libyen in Aussicht. Sie werde Personal nach Tripolis schicken, sobald eine Regierung der Nationalen Einheit tatsächlich gebildet worden sei, kündigt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg an. [9] Zwar plane man zur Zeit keine "größeren Militäroperationen"; doch sei man prinzipiell bereit, bei der "Stabilisierung des Landes" zu helfen. [10] Was dies genau bedeuten soll, ließ Stoltenberg offen.

Negative Reaktion

Vor etwaigen westlichen Militäroperationen in Libyen warnt dringend die SWP. Vorstellbar seien allenfalls Maßnahmen zur "Eindämmung des Konflikts ...", etwa in Form einer besseren Durchsetzung des Waffenembargos und der Abmahnung von Regionalstaaten, die Libyens Konflikte schüren", heißt es bei dem Think-Tank. [11]

Gemeint ist offenbar zum Beispiel Qatar, ein enger Verbündeter der Bundesrepublik, der seit 2011 islamistische Organisationen in Libyen massiv unterstützt. Ein unmittelbares Eingreifen des Westens werde jedoch ins Verderben führen, urteilt die SWP: "Eine internationale Intervention zur Unterstützung der Einheitsregierung oder zur Trennung der Konfliktparteien würde zweifellos fehlschlagen" - "wegen der Vielzahl bewaffneter Gruppen und der negativen Reaktion, die die Präsenz ausländischer Truppen hervorrufen würde".

[1] Christoph Ehrhardt: Von Libyen, denen Krieg mehr nutzt als der Frieden. Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.10.2015.

[2] S. dazu [Ins nächste Kriegsgebiet](#) .

[3] S. dazu [Krieg gegen Flüchtlinge](#) und [Krieg gegen Flüchtlinge \(III\)](#) .

[4], [5] Wolfram Lacher: Libyens Stabilisierung unterstützen. SWP-Aktuell 67, Juli 2015.

[6] Libyen. www.auswaertiges-amt.de.

[7] Steinmeier: In Libyen droht nun das Chaos. Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.10.2015.

[8] Außenminister Steinmeier zur Ernennung von Martin Kobler zum Sondergesandten und Leiter der UN-Unterstützungsmission in Libyen. www.auswaertiges-amt.de 04.11.2015.

[9] Sam Jones: Nato to reinforce its Mediterranean presence. www.ft.com 04.11.2015.

[10] Libya: NATO, ready to help govern, not with military mission. www.ansamed.info 04.11.2015.

[11] Wolfram Lacher: Libyens Stabilisierung unterstützen. SWP-Aktuell 67, Juli 2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com